

# Karliczek: Wir müssen weltweit und entschieden auf die COVID-19-Pandemie reagieren



(ots) Die Empfehlungen der OECD für die deutsche Forschungs- und Innovationspolitik formulieren Chancen und Wege aus der Krise

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 12. Januar 2021 den alle zwei Jahre erscheinenden Überblick zu den wichtigsten Trends und Themen der Forschungs- und Innovationspolitik in den OECD-Mitgliedsstaaten und weiteren Ländern veröffentlicht. Dieses Jahr wurde ein Schwerpunkt auf die aktuellen Auswirkungen und Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie gelegt. Deutschland sollte nach den Empfehlungen der OECD die Digitalisierung weiter vorantreiben und gezielter disruptive Innovationen fördern. Darüber hinaus sollte Deutschland seinen Einsatz für die internationale Zusammenarbeit bei globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel und dem Schutz der internationalen Forschungsfreiheit fortsetzen. Die Empfehlungen der OECD wurden heute von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Verbänden auf einer virtuellen Veranstaltung im OECD Berlin Centre anlässlich des Erscheinens des diesjährigen OECD Wissenschafts- und Innovationsausblicks („OECD STI Outlook 2021“) diskutiert. Dazu erklärt

Bundesforschungsministerin Anja Karliczek:

„Die OECD liefert in ihrem neuen Wissenschafts- und Innovationsausblick wichtige Fakten zur Entwicklung von Wissenschaft und Forschung unter dem Einfluss der Corona-Krise. Ein zentrales Ergebnis ist, dass weltweit schnell und entschieden auf die COVID-19 Pandemie reagiert wurde. Gleichzeitig weist die OECD darauf hin, dass die Pandemie die Forschungs- und Innovationssysteme aber teilweise auch bis an ihre Grenzen gebracht und Lücken und Schwachstellen aufgedeckt habe. Dies gelte es nun als Chance für Schritte in Richtung einer nachhaltigen und integrativen Zukunft zu nutzen.

Die Empfehlungen der OECD stehen im Einklang mit den Zielen der Forschungs- und Innovationspolitik des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Wir haben als Antwort auf die Corona-Krise im Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung bereits klare Schwerpunkte gesetzt. Wir investieren rund 60 Milliarden Euro in Bildung und Zukunftstechnologien. Sehr rasch zur Verfügung gestellte Fördermittel für die Entwicklungen von Impfstoffen gehören ebenso zu den wichtigen Maßnahmen wie die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Auszubildenden und Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern. Auch zahlreiche Vorhaben, die nicht unmittelbar der Bewältigung der Krise dienen, sondern der Stärkung von Resilienz und Nachhaltigkeit sind darunter, wie hohe Investitionen in KI und Quantentechnologien oder in die Grüne Wasserstofftechnologie. Insbesondere in den wichtigen Zukunftsbereichen Klimaschutz, Energiewende, Mobilität und Digitalisierung haben wir große Herausforderungen in den nächsten Jahren zu bewältigen. Die zusätzlichen Investitionen werden mittel- und langfristig dazu beitragen, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und damit Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern.

Auch in den weiteren Punkten der OECD-Empfehlungen besteht hohe Übereinstimmung mit den Maßnahmen, die das

Bundesministerium für Bildung und Forschung bereits ergriffen hat. Auf europäischer Ebene hat Deutschland zusammen mit den EU-Mitgliedstaaten mit der Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit einen wichtigen Prozess zum Erhalt und zur Stärkung der Freiheit von Forschung angestoßen. Die Verabschiedung und Unterzeichnung der Erklärung, die auch international von Partnern außerhalb Europas unterstützt wird, war ein zentraler Meilenstein der deutschen Ratspräsidentschaft hin zu einem dynamischeren Europäischen Forschungsraum.“

**Mehr als das Summen seiner Teile**



Original-Content von: Bundesministerium für Bildung und Forschung